

Pressemitteilung  
Kiel, 25.02.2014

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

## **SSW im Landtag**

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [landtag@ssw.de](mailto:landtag@ssw.de)

## **Optionspflicht aufheben - ohne wenn und aber**

*Zur gemeinsamen Bundesratsinitiative von Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz für die bedingungslose Abschaffung des Optionszwangs erklärt der Vorsitzende des SSW im Landtag, **Lars Harms**:*

Den Optionszwang nur für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder aufzuheben, wie im schwarz-roten Koalitionsvertrag vereinbart, mag der Gesichtswahrung von CDU/CSU vor ihrer Klientel dienen, ist aber in sich wenig schlüssig. Ein bisschen Schwanger geht nun einmal nicht.



Mehrstaatigkeit ist eine Bereicherung - unabhängig von Alter, Herkunft oder Schulabschluss. Deshalb begrüße ich ausdrücklich den gemeinsamen Vorstoß unserer Landesregierung und den Regierungen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, die bisherige Einteilung von Migranten in Deutsche erster und zweiter Klasse ohne wenn und aber zu beenden.

Dazu gehört auch, dass sämtliche laufende und zukünftige Verfahren ausgesetzt werden, bis in der Sache entschieden ist, und dass Menschen, die in der Vergangenheit auf ihre deutsche Staatsangehörigkeit abgeben mussten, die Möglichkeit eingeräumt wird, diese wiederzuerlangen.

Die nationalen Minderheiten in Land und Bund beweisen seit vielen Jahrzehnten tagtäglich, dass das menschliche Herz durchaus in der Lage ist, für mehrere Nationen zu schlagen, ohne den Infarkt fürchten zu müssen.

Wer es ernst meint mit Freizügigkeit, Integration und der vielbeschworenen Willkommenskultur in Deutschland, der kann nicht zugleich den Menschen, die zu uns kommen, einen wichtigen Teil ihrer Identität verwehren. So ein Vorgang mag mit dem Weltbild der CDU/CSU vereinbar sein. Der Lebenswirklichkeit einer modernen, aufgeschlossenen Gesellschaft wird er längst nicht mehr gerecht.

